

Landesgewerkschaftstag 2014

Wir für Niedersachsen/Demografie/Aufgabenanalyse

Wir für Niedersachsen

Ziele erfolgreicher niedersächsischer Politik müssen u. a. sein

- eine verlässliche öffentliche Infrastruktur sicherzustellen,
- landesweit gleichwertige Arbeits- und Lebensbedingungen zu organisieren,
- Bildungsangebote unter Berücksichtigung der niedersächsischen Besonderheiten anzubieten,
- eine landesweite Wirtschaftspolitik so zu gestalten, dass diese auch positiven Einfluss auf die Beschäftigungssicherung hat und
- Niedersachsens Situation in allen gesellschaftlich relevanten Bereichen mit Blick auf den Bund und die anderen Länder zu stärken.

Wenn politisches Handeln in diese Richtung erfolgreich sein soll, dann ist Voraussetzung und Garant dafür die Bereitstellung eines leistungsfähigen Öffentlichen Dienstes, der insbesondere die Funktionsfähigkeit der staatlichen Eingriffsverwaltungen und die Sicherung der Daseinsvorsorge gewährleistet.

Dieser Aufgabe und dieser Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwesen stellen sich die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes in Niedersachsen sowohl aktuell, wie auch zukünftig gern. Eine solche Verpflichtung kann aber keine Einbahnstraße sein.

Der Öffentliche Dienst in Niedersachsen braucht zur Erfüllung dieser Aufgabe und Verpflichtung konkurrenzfähige Beschäftigungsbedingungen für seine Beamtinnen, Beamten und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dazu gehört mehr, als die vielen positiven „Softskills“. Dazu gehört eine wettbewerbsfähige Bezahlung ebenso wie die Öffnung tatsächlicher Karrierechancen und ein verlässliches Aufzeigen der Wege dorthin.

Beschäftigte von Polizei, Justizvollzug, Steuerverwaltung, Gewerbeaufsicht, Feuerwehr, die Lehrerinnen und Lehrer und viele andere üben Ihre Aufgaben für das Gemeinwohl hochmotiviert und hochqualifiziert auch bei schlechter werdenden Arbeitsbedingungen aus.

Die vorhandene Motivation muss in deutlich größerem Umfang genutzt werden. Eigene Ideen und Vorstellungen der Beschäftigten aus deren täglicher Berufserfahrung sollten für die Arbeit verstärkt angeregt und dann auch ernsthaft diskutiert und wenn möglich umgesetzt bzw. genutzt werden. Dies darf allerdings nicht vom Zufall oder glückhaften Umständen abhängig sein, sondern muss konzeptionell festgelegt werden.

Um den notwendigen hohen Standard weiterhin sicherzustellen ist es von besonderer Bedeutung, dass die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes in Niedersachsen und hier im besonderen Maße die Beamtinnen und Beamten wieder Vertrauen in die Beständigkeit und Verlässlichkeit politischer Entscheidungen und Zusagen fassen und sich auf solche verlassen können. Dieses Vertrauen wurde in der Vergangenheit leider zu oft zutiefst erschüttert. Dies ist für den Arbeitgeber Land Niedersachsen völlig inakzeptabel.

Die derzeitige Situation, in der die Rahmenbedingungen nicht hinreichend verlässlich geregelt sind und in der vielschichtige Gerichtsentscheidungen ergehen, führt dazu, dass die Beamtinnen und Beamten mittlerweile gegen fast jede Regelung, von der sie negativ betroffen sein könnten, Widerspruch einlegen um die eigenen Rechte zu wahren.

Wir fordern daher die Landesregierung und alle Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags auf,

- **sich ihrer Verantwortung und Verpflichtung gegenüber ihren Beschäftigten bewusst zu sein. Dazu gehört auch, endlich verlässliche Entscheidungen und notwendige Regelungen gerichtsfest zu treffen.**
- **Konzepte für die stärkere Berücksichtigung der individuellen Berufserfahrung für die verwaltungsökonomische Aufgabenerledigung zu erarbeiten.**

Wertebilanz

Die sichere und berechenbare Arbeit des Öffentlichen Dienstes muss deutlicher in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt werden.

Diese Arbeit muss der Gesellschaft und damit auch den politischen Verantwortungsträgern „etwas wert sein“. Dazu gehört es auch, dass die verzerrte Wahrnehmung des Öffentlichen Dienstes nur als Personalkostenfaktor geradegerückt wird, denn der Öffentliche Dienst ist zwar ein kostenintensiver aber auch unabdingbarer Dienstleistungsfaktor für ein funktionierendes Gemeinwesen. Personalkosten sind nicht selten auch Investitionskosten in die Zukunft, wie die Aufgabenwahrnehmungen in den gesellschaftlichen Bereichen Bildung und Betreuung von Kindern eindrucksvoll belegen.

Wir fordern daher die Landesregierung und alle Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags auf eine „Wertebilanz“ des Öffentlichen Dienstes aufzustellen, fortzuführen und die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen.

Beteiligungsrechte im parlamentarischen Verfahren

Wegen der grundlegenden Wichtigkeit für alle staatlichen Bereiche sind die Gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen noch besser zu beteiligen, als dieses bisher schon der Fall ist. Dieses ist besonders im parlamentarischen Verfahren noch zwingend notwendig.

Wir fordern daher die Landesregierung und alle Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags auf,

- **einen Ausschuss des Niedersächsischen Landtags für Öffentliches Dienstrecht in Niedersachsen einzurichten.**
- **ein mündliches Anhörungsrecht bei der Beratung beamtenrechtlicher Regelungen in den parlamentarischen Gremien abzusichern.**
- **einem Rechtsanspruch auf Rückäußerung/Stellungnahme zu den vorgebrachten Argumenten und Forderungen durch die beteiligten parlamentarischen Gremien zu schaffen.**

Demografischer Wandel

Politik in Niedersachsen steht aufgrund der dramatischen demografischen Entwicklung in der Landes- und Kommunalverwaltung selbst, der Bevölkerungsentwicklung insgesamt und insbesondere der Unterschiedlichkeit der Folgen dafür in den „Regionen/Bereichen“ Niedersachsens vor besonderen Herausforderungen.

Die Fakten und Lösungsansätze dazu liegen seit vielen Jahren auf dem Tisch. So liefern der Abschlussbericht der Enquetekommission Demografischer Wandel und die durchgeführte Personalstrukturanalyse die Basis für die Möglichkeit eines sofortigen Handelns.

Daraus ergibt sich für die Landes- und Kommunalverwaltung unter anderem auch, dass die dramatischen Pensionierungszahlen mit deutlich sinkenden Bewerberzahlen aufeinandertreffen. In der Folge muss der Öffentliche Dienst des Landes und seiner Kommunen im Rahmen der Nachwuchsgewinnung deutlicher bzw. anders als bisher schon erfolgt durch glaubwürdige berufliche Perspektiven sowie konkurrenzfähige Einkommens- und Arbeitsbedingungen überzeugen.

Wir fordern daher die Landesregierung und alle Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags auf, endlich und schnellstens gemeinsam tatkräftig an Lösungen zu arbeiten und die notwendigen Entscheidungen zu treffen.

Dabei sind alle parteipolitischen Auseinandersetzungen und Diskussionen für den Erfolg des Landes und seiner Kommunen hinten an zu stellen.

Denkverbote darf es nicht geben. Vielmehr sind dabei innovative Ideen auch für die Behördenstruktur in den sehr unterschiedlichen „Regionen/Bereichen“ zu entwickeln; ggfs. muss die Ausbildung von Anwärtnerinnen und Anwärtern ebenfalls innovativ mindestens in Teilbereichen an die neuen Strukturen angepasst oder neu entwickelt werden.

Nur so kann Politik den Öffentlichen Dienst in Niedersachsen auf die Veränderungen in den „Regionen/Bereichen“ des Landes und den Kommunen einstellen und die Konsequenzen, die die demografische Entwicklung der Bevölkerung mit sich bringt, in den Griff bekommen.

Aufgabenanalyse

Die durch die demografische Entwicklung der Bevölkerung und des Öffentlichen Dienstes entstehenden Schwierigkeiten sollten als Chance begriffen werden, als Chance, eine wirkliche Aufgabenanalyse auf den Weg zu bringen.

Dabei steht Aufgabenanalyse bislang eher für Aufgabenerweiterung und Personalreduzierung statt für wirkliche Aufgabenreduzierung. Die Fortführung eines solchen Weges halten wir für falsch und lehnen wir ausdrücklich ab.

Gleiches gilt für eine Aufgabenanalyse, die letztlich nur als Rechtfertigung für unstrukturierter Personalabbau beispielweise analog der prozentualen Bevölkerungsentwicklung herangezogen wird, weil sie den Realitäten nicht entspricht, denn in einigen Bereichen kann eine älter werdende Bevölkerung durchaus auch zu einem höheren Personaleinsatz führen.

Bei einer Aufgabenanalyse sind unseres Erachtens weitergehende Überlegungen zur Verwaltungs- und Behördenstruktur einzubeziehen, insbesondere auch solche, die bei der Lösung der Probleme der demografischen Entwicklung von Bedeutung sind. Dabei ist zu beachten, dass unser Land und seine Kommunen in der Verantwortung stehen, eine verlässliche öffentliche Infrastruktur herzustellen und funktionsfähig zu halten.

Wir fordern daher die Landesregierung und alle Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags auf

- **beim vollständigen Wegfall von Aufgaben die Verantwortung dafür gegenüber Bürgerinnen, Bürgern, der Wirtschaft und anderen zu übernehmen. Die daraus resultierenden Veränderungen staatlichen Handelns sind den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber transparent und nachvollziehbar zu kommunizieren.**
- **trotz Aufgabenverzicht die öffentliche Daseinsvorsorge zu gewährleisten.**
- **die besonderen Herausforderungen des Flächenlandes Niedersachsen bei der Aufgabenanalyse zu berücksichtigen.**
- **die Notwendigkeit landeszentraler politischer Steuerungsnotwendigkeiten im Blick zu behalten um gleichwertige Arbeits- und Lebensbedingungen in Niedersachsen zu sichern.**
- **Privatisierungen und Kommunalisierungen nur dann durchzuführen, wenn diese unter Berücksichtigung der politischen Steuerungsnotwendigkeiten und unter Betrachtung wirtschaftlicher und verwaltungsökonomischer Aspekte einen nachweisbaren Vorteil bringen und zudem auf gleichmäßig hohem Niveau ausgeführt werden können.**
- **bei der Beibehaltung von Aufgaben für diese ausreichend Personal zur Verfügung zu stellen.**
- **bei Aufgabenwegfall das Personal erst nach dem Wegfall der Aufgabe abzubauen.**

Nachwuchskräfte

Probleme - die exorbitant steigenden Altersabgangszahlen treffen auf deutlich sinkende Schulabgängerzahlen - bei der Gewinnung von qualifizierten Nachwuchs, um die entstehenden Lücken im Personalbestand schließen zu können, dürfen nicht mehr übersehen werden.

Hier ist ein umgehendes und deutlich intensiviertes Handeln im Wettbewerb um die klügsten Köpfe erforderlich, um die Leistungsfähigkeit der Landes- und Kommunalverwaltung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern weiterhin abzusichern.

Zu beachten ist dabei auch, dass unsere sich durch Zuwanderung verändernde Gesellschaft auch bei den öffentlich Beschäftigten widerspiegeln muss.

Zur Attraktivitätssteigerung gehören unseres Erachtens neben attraktiveren Bezahlungsmöglichkeiten auch weitere Aspekte in allen Bereichen.

Eventuelle neu entwickelte innovative Aus- und Fortbildungsbereiche, die wegen der demografischen Entwicklung geschaffen werden könnten, sollten eine hilfreiche Unterstützung bieten.

Wir fordern daher die Landesregierung und alle Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags auf, eine ressortübergreifende Konzeption des Landes als Arbeitgeber für die kommenden Jahre zu entwickeln, wie qualitativ hochwertige Bewerber/innen-Zahlen für die Vielzahl von freiwerdenden und wieder zu besetzenden Stellen gesichert werden können.

Wir erwarten, dass bereits mit dem Landeshaushalt 2015 ein erster deutlicher Schritt durch höhere Einstellungszahlen getan wird, damit diese Kräfte in 2017/2018 zur Verfügung stehen.

Wir fordern außerdem im Zuge der anstehenden Schaffung eines eigenständigen Besoldungsgesetzes für Niedersachsen, Lösungswege über finanzielle Anreize zu unterstützen; beispielsweise durch signifikant verbesserte Eingangsbesoldungen und -ämter.